

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Dem Antrag Palästinas auf erweiterten Beobachterstatus in der UNO zustimmen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass Deutschland auf der 67. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 2012 dem Antrag Palästinas auf einen erweiterten Beobachterstatus zustimmt.

Berlin, den 28. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

1. Zahlreiche EU-Staaten, darunter auch Frankreich, haben sich entschieden, auf der VN-Generalversammlung für den palästinensischen Antrag zu stimmen und damit ein deutliches Zeichen für die Bildung eines eigenständigen, lebensfähigen palästinensischen Staats zu setzen.
2. Eine Zustimmung Deutschlands auf der Generalversammlung wäre ein klares Signal für die Rettung der Zwei-Staaten-Lösung und ein Ende der Gewalt zwischen Israel und Palästina. Die Verweigerung einer Zustimmung hingegen fügte der Glaubwürdigkeit deutscher Nahostpolitik schweren Schaden zu.
3. Sicherheit für Israel erfordert auch Gerechtigkeit für Palästina.
4. Wer sich für einen palästinensischen Staat ausspricht, wie es die Bundesregierung zu vielen Anlässen getan hat, darf sich einer Aufbesserung des Status Palästinas in der UNO nicht verweigern. Der palästinensische Antrag ist ein Angebot für Verhandlungen, auch und gerade an Israel, und erinnert die Völkergemeinschaft an ihre spezielle Verantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk und zur Lösung des Nahostkonflikts.

